

## Alle Änderungsanträge der AKL zum Europa-Wahlprogramm 2019

### Änderungsantrag 1

#### ÄA 1.1

Ersetze in Zeile 69 „Europäische Union“ in „**europäische Union**“.

#### **Begründung:**

Wir sollten deutlich machen, dass „unsere“ europäische Union von Unten nichts mit der Europäischen Union der Herrschenden zu tun hat.

#### ÄA 1.2

Ersetze von Zeile 88 („Dagegen will DIE LINKE...“) bis Zeile 97 („... Prioritäten umkehren:“) durch folgenden Text:

#### **„Krise der EU**

**Die Europäische Union aus 28, bald 27, europäischen kapitalistischen Staaten steckt in der tiefsten Krise ihrer Existenz. Das ist keine Diagnose nur der Linken, sondern Selbsteinschätzung der Eliten der EU, ihrer Architekt\*innen und Spitzenbürokrat\*innen. Die Debatten über einen Ausstieg aus der EU oder aus dem Euro-Verbund reißen nicht ab. Fast alle Parteien im Europäischen Parlament sprechen heute von der Notwendigkeit eines Neustarts – auch wenn sie alle etwas anderes darunter verstehen.**

**Am bedeutendsten aber ist, dass die EU nicht zu dem verbindenden Projekt geworden ist, als das es die politische Elite Europas jahrzehntelang verkauft hat. Die EU als Friedensprojekt, als Wachstumsmotor selbst für die schwächste Volkswirtschaft in ihren Reihen, als Beginn eines den Nationalismus des Ersten und Zweiten Weltkriegs überwindenden neuen europäischen Patriotismus oder gar als Geburtsstunde einer neuen europäischen Nation – all diese Märchen zerplatzten spätestens in den letzten zehn Jahren seit der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise.**

**Gleichzeitig liefert die Krise der EU den Treibstoff zur Herausbildung rechter, nationalistischer und rassistischer Parteien fast überall in Europa, die als wesentlichen Programmpunkt die Ablehnung der EU in ihrer jetzigen Form haben und sie auf ein „Europa der Vaterländer“ reduzieren wollen.**

**Auch auf der Linken sind neue politische Kräfte entstanden, die nach einer internationalen Alternative zur EU suchen.**

#### **Was ist die EU?**

**Die EU war zu keinem Zeitpunkt etwas anderes als ein Gemeinschaftsprojekt des westeuropäischen Kapitals, im Konkurrenzkampf mit Nordamerika und Ostasien bestehen zu können. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und Markt wurden als Basis neuer Profite und bei der Entwicklung neuer Produkte und Technologien benötigt. Eine gemeinsame Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik oder gar eine Politik im Interesse von Lohnabhängigen wurden nie gewollt. Die seit den Römischen Verträgen bis zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon erfolgten politischen und staatlichen Vereinheitlichungen folgten stets nur den Notwendigkeiten, die sich aus dem wirtschaftlichen Projekt ergaben.**

**Die EU war immer auch ein Produkt des kalten Krieges. Es war ein Projekt der kapitalistischen Hälfte Europas gegen die andere. Keine Spur von einem Friedensprojekt. Heute gibt es noch mehr Anlass als bei der letzten EU-Wahl um festzustellen: Diese EU ist neoliberal, undemokratisch und militaristisch.**

**Mit der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung des größten Teils der EU wurden die vorher bestehenden Möglichkeiten eingeschränkt, bestehende Produktivitätsunterschiede der einzelnen nationalen Ökonomien durch wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen der Mitgliedsländer aufzufangen. Dadurch wurde die massive ungleiche Entwicklung der einzelnen Teile der EU festgeschrieben. Das ging ein knappes**

**Jahrzehnt gut, weil die schwächeren EU-Mitgliedsökonomien sich durch Kreditversprechen der Banken und massive private Verschuldung trotzdem noch am Kuchen bedienen konnten.**

**Das änderte sich mit der Finanzkrise seit 2007, der folgenden Umwandlung privater in staatliche Verschuldung und der Kampf gegen die wiederum mit der Verordnung harter Notstands- und Austeritätsprogramme.**

**Seit dieser Zeit treibt die ungleiche Produktivität der einzelnen Mitglieder der EU und die Verhinderung, sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen auszugleichen, die EU immer mehr in eine Existenzkrise.**

**Fast alleiniger Gewinner dieser Krise ist das deutsche Kapital, das Resteuropa mit Waren überschwemmt und wirtschaftspolitisch dominiert. Aber auch in Deutschland gelingt es nicht, diese Gewinnersituation in eine EU-Begeisterung bei den Menschen auszubauen.**

**Die von den starken EU-Mitgliedern verfolgte Linie, die EU mit mehr Mut zur Ungleichheit, mehr Direktiven aus Brüssel, mehr eigener Militarisierung und stärkerer Abschottung ihrer Grenzen zu retten, wird nicht erfolgreich sein und auf den Widerstand der anderen EU-Mitglieder stoßen.**

**Ebenso wenig werden die neuen nationalstaatlichen Rückzugsmanöver eine Lösung bringen. Es ist offenkundig: Diese EU ist nicht zu reformieren.**

**Wir wollen ein Europa, das demokratisch und menschlich ist und nicht an den Grenzen der heutigen EU halt macht. Wir wollen ein Europa, das den wirtschaftlichen Ungleichheiten mehr gerecht wird und Wege beschreitet, sie auszugleichen. Das wird ein Europa sein, das von unten wächst und sich nicht in Konkurrenz zum Rest der Welt versteht. Es wird gegen die Interessen der Banken und großen Konzerne durchgesetzt werden müssen. Es wird ein Europa sein, das ein neues Kapitel bei der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft beginnt: Menschen vor Profite; dauerhafte Erhaltung der Umwelt statt unwiederbringliche Ressourcenerstörung; umfassende Demokratie von unten nach oben statt Bürokratismus; Frieden und Solidarität statt Militarisierung und Krieg.**

**Ein solches Europa hat viele Quellen und Ausgangspunkte, die wir noch gar nicht alle kennen können. Die wichtigsten drei Triebkräfte sind:**

**- Die Kritik an den bestehen Strukturen der EU und ein Bruch der EU-Verträge. Die Demokratiedefizite und die Festschreibung sozialer und Klasseninteressen in den heutigen Strukturen müssen aufgedeckt und Alternativen entwickelt werden. Die LINKE beteiligt sich – nicht zuletzt mit diesem Wahlprogramm – an diesen Debatten.**

**- Die Außerkraftsetzung von undemokratischen und ungerechten Maßnahmen und Vorschriften der EU. Wir unterstützen die Rebellion der Mitgliedsstaaten gegen die Austeritätsvorschriften der EU bis hin zu dem Recht, aus der Gemeinschaft oder der Gemeinschaftswährung wieder auszutreten, wenn sie den Interessen der Mehrheit und nicht nur denen einer nationalen Elite dienen.**

**- Am Wichtigsten ist aber die kreativste Quelle für ein neues Europa: Die sozialen Bewegungen von unten für mehr Umwelt- und Klimaschutz; für kostenlose und öffentliche Versorgungseinrichtungen für Gesundheit, Erziehung, Verkehr, Abfallentsorgung, Energie und Kultur; für sichere Arbeitsplätze und demokratische Vertretung der Beschäftigten; für Gewerkschaftsrechte; gegen den Abbau demokratischer Rechte und die wachsende Überwachung durch Polizei und Militär; für gleiche Rechte für Alle und gegen Diskriminierung wegen des Geschlechts, der Religion oder der Herkunft.**

**Diese Bewegungen leben heute und zeigen, dass ein anderes Europa möglich ist. Die LINKE ist Teil von ihnen und die parlamentarischen Vertretungen der LINKEN, auch und besonders die bei der EU, werden eine Politik auf Basis und in Solidarität mit diesem Europa von unten machen. Daran wollen wir gemessen werden. So verstehen wir einen „Neustart“ eines solidarischen Europas von unten, das mit Kapitalinteressen bricht.**

**Begründung:**

Die Kritik an der realen EU sollte viel deutlicher und pointierter formuliert werden. Es ist nach den konkreten Aktivitäten der EU bei der Bankenrettung, den Griechenlandsanktionen, den Aufrüstungsmaßnahmen etc. keine „neutrale“ Kritik am „Projekt EU“ mehr möglich. Wir müssen die konkrete Politik der EU kritisieren und verhindern. Das ist die deutsche LINKE insbesondere den Menschen in den anderen EU-Ländern und der dortigen Linken heute schuldig. In diesem Sinne muss sich die LINKE klar als eine Anti-EU-Partei aufstellen, für die sie in der Öffentlichkeit sowieso gehalten wird. Diesen „Ruf“ sollte die LINKE selbstbewusst annehmen und erklären.

**ÄA 1.3**

Füge in Zeile 134 nach „... ohne Armut und Niedriglöhne.“ den Satz ein:

***„Wir wollen ein solidarisches, ein sozialistisches Europa.“***

**Begründung:**

Unsere Kritik an der EU sollte deutlich in einem Satz zu unserer Alternative zugespitzt werden. DIE LINKE ist eine sozialistische Partei – gerade wegen unserer Kritik an der EU.

**ÄA 1.4**

Füge in Zeile 167 vor „So wie die Europäische Union ist, darf sie nicht bleiben.“ den Satz ein:

***„Europäische und weltweite Solidarität ist für uns unteilbar und die Voraussetzung für einen gemeinsamen, grenzüberschreitenden Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.“***

**Begründung:**

Es ist sinnvoll, hier auch sprachlich einen Bezug zur großen „Unteilbar“-Mobilisierung in Deutschland 2018 herzustellen.

## **Änderungsantrag 2**

**ÄA 2.1**

Ersetze die Zeile 231 / 232 den Text „Millionen Menschen in Europa wünschen sich gute Arbeit, von der sie gut leben können. Aber die Politik der EU folgt“ durch

***„In der EU herrscht Massenarbeitslosigkeit. 2017 waren in der EU 18,8 Mio. Menschen arbeitslos und 45,7 Mio. lediglich teilzeitbeschäftigt. Die "stille Reserve" betrug weitere 10,4 Mio. Menschen. In der EU folgen Konzerninteressen und neoliberale Politik“***

Weiter mit „nicht den Interessen der Mehrheit der Beschäftigten, sondern denen einer Minderheit von Konzerneigentümern, Superreichen und Finanzinvestoren.“

**Begründung:**

Wir sollten zu Beginn des Abschnitts mit konkreten Zahlen deutlich machen, dass in der EU eine ständig zunehmende Massenarbeitslosigkeit und Verelendung herrscht und unter den herrschenden Besitz- und Machtverhältnissen es grundsätzlich nicht möglich ist, daran etwas Grundlegendes zu ändern.

**ÄA 2.2**

Streiche die Zeilen 401 bis 403:

***"Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel in der EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungsziel ist Vollbeschäftigung. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir auch als Leitlinie für die Europäische Zentralbank festschreiben."***

ersatzlos.

### **Begründung:**

Angesichts der ständigen Massenentlassungen durch deutsche und europäische Großkonzerne verkaufen wir mit der Forderung ‚Unser Beschäftigungsziel ist Vollbeschäftigung‘ Illusionen, da dieses Ziel unter kapitalistischen Bedingung auch nicht ansatzweise realisierbar ist.

### **ÄA 2.3**

Ersetze in Zeile 434 / 435 den Text „Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplätze vernichten.“ in:

**„Unternehmen dürfen gegen das Veto von Betriebsräten und Gewerkschaften keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplätze vernichten.“**

### **Begründung:**

Eine Linke sollte sich grundsätzlich gegen Entlassungen und insbesondere Massenentlassungen aussprechen und zwar eine Verbotsforderung ohne Einschränkung auf alle Unternehmen beziehen. Denn es gehört zum Wesen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dass Unternehmen Profite erzielen müssen, sonst sind sie nicht existenzfähig. Insbesondere sollten bei allen Unternehmensentscheidungen, ob Massenentlassungen oder Standortverlagerungen, Betriebsräte und Gewerkschaften ein Vetorecht haben.

## **Änderungsantrag 3**

### **ÄA 3.1**

Zeilen 1714/1715 wie folgt ändern:

Spätestens mit dem »Brexit«-Referendum in Großbritannien ist offenbar geworden, dass **die Gefahr** eines Auseinanderbrechens der EU ganz real ist.

**Begründung:** DIE LINKE sollte nicht als Verteidigerin dieser EU wahrgenommen werden.

### **ÄA 3.2**

Zeilen 1725 bis 1732 wie folgt ändern:

~~DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union.~~ **DIE LINKE will ein Europa, in dem gilt: Menschen statt Profite.** Wir wollen die linke europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität vor ihrer Zerstörung durch die neoliberale Politik der EU bewahren. **DIE LINKE kämpft für jede Verbesserung in Kommune, Land, Bund, Europa und international. Wir haben aber auch aus der Geschichte gelernt, dass es dauerhaften Frieden nur durch einen Bruch mit dem Kapitalismus geben kann, der auf Konkurrenz, Ausbeutung und Diskriminierung basiert. Nur so durch einen Systemwechsel zu einer solidarischen, sozialistischen Demokratie** kann Europa ~~und die EU~~ eine wirkliche und dauerhafte Antwort auf die jahrhundertelange Geschichte von Kriegen und Gewaltherrschaft, insbesondere dem Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus sein. Eine Verbesserung demokratischer und sozialer Standards wird es im 21. Jahrhundert in Europa nur auf der Grundlage des solidarischen Miteinanders geben. ~~Wir wollen den Neustart der Europäischen Union durch eine Initiative für ein Europa von unten.~~

### **Begründung:**

Im Programmentwurf findet sich an fast keiner Stelle das Ziel der LINKEN, mit dem Kapitalismus zu brechen und für eine sozialistische Demokratie einzutreten. Zudem sollte unser Anspruch sein, in ganz Europa und nicht nur den Ländern, die heute die EU ausmachen, für grundlegende Veränderungen zu streiten.

### **ÄA 3.3**

Die Zeilen 1800 bis 1804 werden wie folgt geändert:

~~Nicht nur diese Demokratiedefizite machen deutlich, dass die EU eine andere vertragliche Grundlage benötigt: DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union.~~ Die Verträge von Maastricht und Lissabon haben den Neoliberalismus in die Grundlagen der EU eingeschrieben. **Sie können durch das herrschende Einstimmigkeitsprinzip im Rahmen der**

**heutigen Regelungen faktisch nicht sozial und antineoliberal geändert werden.** Wir brauchen eine grundsätzliche soziale, demokratische und europäische Alternative zu dieser neoliberalen EU: mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. **Dieses Ziel kollidiert nicht nur mit dem Charakter der EU als institutioneller Interessensvertreterin von Kapitalinteressen der mächtigsten kapitalistischen Staaten Europas, sondern auch mit dem Kapitalismus. Grundlegende Veränderungen der Machtstrukturen in Europa erreichen wir nicht vor allem in den Parlamenten, sondern durch den Aufbau des europaweiten gewerkschaftlichen, betrieblichen und sozialen Widerstands und die Stärkung linker Parteien, die sich das Ziel gesetzt haben, den Kapitalismus zu überwinden und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.**

#### **Begründung:**

Die erste Einfügung bezüglich des Einstimmigkeitsprinzips betrifft einen Antrag, den die Linksjugend bereits im Parteivorstand gestellt hatte und den wir unterstützen. Die zweite Änderung betrifft den Charakter der EU und die Notwendigkeit grundlegende Veränderungen außerparlamentarisch zu erkämpfen – gerade als „Partei in Bewegung“ ist der außerparlamentarische Widerstand von enormer Wichtigkeit.

#### **ÄA 3.4**

Zeilen 1805 – 1809 werden wie folgt geändert:  
Streiche den Absatz ersatzlos.

#### **Begründung:**

Es ist illusorisch, dass die jetzigen Regierungsvertreter\*innen eine neue Verfassung im Interesse der Mehrheit der Menschen in der EU erarbeiten könnten, ohne dass es zuvor zu umfassenden Brüchen auf Grundlage von Massenprotesten und einer Überwindung der heutigen EU und des Kapitalismus gekommen ist.

### **Änderungsantrag 4**

Ab Zeile 230 einfügen:

#### **1. Gerechtigkeit für alle Geschlechter!**

***Die Hälfte der Menschheit ist weiblich, aber von vollständiger Gleichberechtigung sind wir weit entfernt! Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt sind in den EU-Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Aber: Frauen werden für gleiche und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt und sind in Führungspositionen wenig anzutreffen. Frauen sind vermehrt von Armut und Altersarmut betroffen. Der Anteil der Frauen in den Parlamenten ist noch lange nicht paritätisch. Frauen leisten noch immer die meiste unbezahlte Arbeit (und erhalten dafür auch kaum Rentenpunkte) für gesellschaftlich Notwendiges: Hausarbeit, Pflege und Kindererziehung.***

***Frauen sind in der überwiegenden Mehrzahl Opfer von Gewalttaten und sexualisierter Gewalt, insbesondere im häuslichen Bereich. Die Werbung greift immer wieder auf herkömmliche Rollenklischees zurück. Geschlechtsspezifische Erziehung wird noch von ebensolchem Spielzeug unterstützt.***

Daran schließen sich Zeile 2012 bis 2072 an:

„Wenn wir streiken, steht die Welt still“: LINKER Feminismus

Die alten Zeilen 2021 / 2022 wegen Wiederholung streichen:

***„Frauen werden immer noch schlechter bezahlt als Männer, sie sind stärker von Altersarmut und prekärer Arbeit, aber auch von Sexismus und sexualisierter Gewalt betroffen.“***

Ganz zum Schluss von dem neuen Kapitel 1 soll der Abschlusssatz ergänzt werden:

***„Ohne die Befreiung der Frau wird es keine freie, demokratische, solidarische, sozialistische Gesellschaft geben!“***

**Begründung:**

Die Hälfte der Menschheit ist weiblich! Ohne die Befreiung der Frau wird es keine freie, demokratische, sozialistische Gesellschaft geben!

Die Frauenfrage unter Punkt 9 zu verhandeln und hinter: „Gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung – gleiche Rechte für alle“ zu verstecken, ist genau das, was Frauen lernen: Nicht zu auffällig, schön bescheiden sein, nicht zu laut ... Frauen, nehmt Euch nicht so wichtig. SCHLUSS damit!!!